

NACHRICHTEN			UND HEUTE?
Die umstrittene Y-Trasse zur Entlastung der Schienenstrecken zwischen Bremen, Hamburg und Hannover liegt vorerst auf Eis. „Wir untersuchen derzeit Alternativen“, sagte ein Bahnsprecher in Hamburg. Dazu habe der Bund aufgefordert. Die Y-Trasse durch die Lüneburger Heide soll den Gütertransport im Norden beschleunigen. +++ Die Sanierung des niedersächsischen Landtags käme nach Auffassung der Grünen weit günstiger als Abriss und Neubau. Für maximal 30 Millionen Euro könnte das denkmalgeschützte Gebäude erhalten und zeitgemäß ausgebaut werden, erklärten die Abgeordneten Gabriele Heinen-Klajic und Enno Hagenah. Die Debatte um den Landtag zieht sich seit Jahren hin. +++ Der Diakonische Dienstgeberverband Niedersachsen (DDN) hat dem Evangelischen Krankenhaus Oldenburg den Ausschluss angedroht. Das Haus hatte als erste evangelische Einrichtung im Land einen Tarifvertrag mit den Gewerkschaften vereinbart. Mitgliedseinrichtungen seien zur strikten Einhaltung des kirchlichen Arbeitsrechtes verpflichtet, erklärte der DDN. +++ Vor dem Betreten des Eises gewarnt hat der Landesfeuerwehrverband Schleswig-Holstein. Die Minustemperaturen der vergangenen Tage garantierten nicht, dass die Eisdecke auf Seen oder Flüssen tragfähig ist. +++ +++ DER TAG +++	NORD-OSTSEE-BAHN Einigung nach 100 Tagen Streik Die Lokführer bei der Nord-Ostsee-Bahn (NOB) erhalten mehr Geld und bessere Arbeitsbedingungen. Das sieht ein nach dreimonatigen Schlichtungsverhandlungen vereinbarter Tarifvertrag vor. Gewerkschaft und Unternehmen vereinbarten demnach eine Einmalzahlung von 1.000 Euro, ab 2013 steigen die Gehälter um zwei Prozent. Der Einigung war nach Angaben der Lokführer-Gewerkschaft GDL der mit 100 Tagen längste Streik in der Gewerkschaftsgeschichte vorausgegangen. Er traf besonders die Reisenden zwischen Hamburg und Sylt. (dpa)	REGION HAMBURG Metropole für fünf Millionen Die Metropolregion Hamburg wächst weiter. Die kreisfreien Städte Lübeck und Neumünster sowie der Kreis Ostholstein in Schleswig-Holstein sollen ebenso aufgenommen werden wie die Landkreise Ludwigslust-Parchim und Nordwestmecklenburg in Mecklenburg-Vorpommern. Das entsprechende Gesetz billigte gestern die Landesregierung in Kiel. Die Zustimmung Hamburgs, Niedersachsens und Mecklenburg-Vorpommerns wird demnächst erwartet. In der erweiterten Metropolregion werden rund fünf Millionen Menschen leben. (taz)	... geht es um Kultur für alle „Kultur ist kein Luxus, sondern ein Lebensmittel“: Dieser Satz von Johannes Rau spricht beides an. Die Notwendigkeit von kulturellen Veranstaltungen für den Menschen als Fundament gesellschaftlicher Entwicklung. Genauso aber auch die Voraussetzung, dass ein „Lebensmittel“ nicht nur jenen sozialen Gruppen zugänglich sein darf, die es sich leisten können. Kultur muss bezahlbar bleiben. Ein Thema, das es zu lösen gilt: Seit der Jahrtausendwende nimmt nicht nur der Anteil der Armen in der Bevölkerung stetig zu, die Armen werden auch immer ärmer. Heute um 19.30 Uhr stellt der Sänger und Kulturmanager Max Ciolek im Oberen Foyer des Theaters Osnabrück verschiedene Ansätze vor, wie sich die Teilhabe Finanzschwacher an der Kultur verbessern lässt. Unterstützt wird er von Götz Wörner, dessen Verein „Kultur für alle“ in Frankfurt/Main den „KulturPass“ eingeführt hat: Bedürftige bekommen damit einen stark reduzierten Einlasspreis für verschiedene Musik- oder Theaterveranstaltungen. Foto: dpa EINTRITTSKARTE

PORTRAIT



Vorerst wohl keine Abgeordnete: Doris Schröder-Köpf Foto: dpa

Die ewige Kanzlergattin

Eigentlich will Doris Schröder-Köpf ja Abgeordnete im niedersächsischen Landtag werden – verloren nun aber zwei von fünf Abstimmungen der hannoverschen SPD-Ortsvereine, eine weitere ging unentschieden aus. Die Ergebnisse sind richtungsweisend für die Wahlkreis-konferenz, auf der die SPD ihre KandidatInnen endgültig bestimmt. Bekannt geworden ist die gebürtige Bayerin als vierte Ehefrau Gerhard Schröders, und gegen den Stempel „Kanzlergattin“ half auch des Gatten Abwahl nicht. Sie wolle ihren Promibonus ausnutzen, wettete die SPD-Linke über Schröder-Köpf's Kandidatur. Sie wolle vielmehr jene erreichen, konterte die 48-Jährige, die sie bisher nur als Ehefrau wahrgenommen hätten. Einblick in die Politik sammelte die vor der Ehe alleinerziehende Journalistin als Parlamentsreporterin der Bild. Als Kanzlergattin galt Schröder-Köpf als erste Beraterin ihres Mannes, wehrte sich aber gegen Vorwürfe der Einflussnahme. So ließ sie 2005 dem Stern gerichtlich die Behauptung verbieten, sie habe dem Kanzler vorgeschlagen, die Vertrauensfrage zu stellen. In der Öffentlichkeit fiel sie auch durch Skurriles auf, etwa als sie dafür sorgte, dass sich auf den Adventskalendern einer Drogerie-Kette ein Bild von Kanzlerhund „Holly“ fand. Eine Kandidatur hatte die Hannoversche SPD Schröder-Köpf schon 2008 angeboten. Sie lehnte ab, da sie sich um die Adoptivkinder kümmern müsse. Erste Risse bekam die Hausfrau-entattitüde, als Schröder-Köpf 2011 in den Karstadt-Aufsichtsrat eintrat. Damit sie auch in der Politik „selber gestalten“ kann, muss nun der Ehemann mit ran: Er solle seinen Teil zur Familienarbeit beitragen, forderte sie. Für die SPD engagieren will sich Schröder-Köpf auch nach der verlorenen Wahl. sul

Sparen auf Kosten der Frauen

ÜBERFÜLLT In Lübeck werden die Frauenhaus-Plätze knapp, nachdem eines der beiden Häuser schließen musste. Die schwarz-gelbe Landesregierung will die Frauen über ganz Schleswig-Holstein verteilen

VON MAREN MEYER

Einen Monat nach der Schließung des AWO-Frauenhauses in Lübeck ist das verbliebene Autonome Frauenhaus völlig überfüllt. „Abends holen wir die Matratzen raus“, sagt dessen Mitarbeiterin Anke Kock. Sogar Sofas würden als Schlafmöglichkeit genutzt. Ausgelegt ist das Frauenhaus für 40 Plätze, derzeit beherbergt es 47 Frauen mit Kindern. Im letzten halben Monat mussten bereits sieben Frauen und 18 Kinder abgewiesen werden. Wegen Platzmangel. „Wir brauchen Platz, damit die Frauen nicht auf der Straße schlafen müssen“, sagt Kock. Das Lübecker AWO-Frauenhaus musste schließen, weil die Zuschüsse vom Land wegfielen – die schwarz-gelbe Landesregierung hatte das Budget für „Maßnahmen gegen häusliche Gewalt“ gekürzt. Damit fehlen in Lübeck 42 Plätze. „Die Schließung ist kaum zu verkraften“, sagt Sven Schindler (SPD), Sozialsenator der Stadt Lübeck. Er halte die Entscheidung „für den komplett falschen Weg“. In einem offenen Brief beklagten die Mitarbeiterinnen des Autonomen Frauenhauses die Missstände. So wohne eine Mutter mit ihren sechs Kindern in einem Zimmer. „Wir müssen uns gemeinsam an einen Tisch setzen“, sagt Mitarbeiterin Kock, „Eile ist geboten.“ Eine Möglichkeit, das Platzproblem zu lösen, wäre die Nutzung von Räumen im AWO-Frauenhaus, das inzwischen weitgehend leer steht. Sechs Wohnungen dort wurden schon immer von der Stadt Lübeck finanziert –



Werden in Lübeck knapp: Plätze im Frauenhaus Foto: dpa

mit 63.000 Euro im Jahr. Ob die Stadt diese Summe weiter bezahlen wird, entscheidet am 23. Februar die Bürgerschaft. Für Anke Kock vom Autonomen Frauenhaus ist das nicht genug. Sie fordert, dass die Stadt weitere Plätze für Frauen finanziert. Sozialsenator Sven Schindler jedoch sieht in Sachen Frauenhaus das Land in der Verantwortung: „Die Stadt ist nicht in der Pflicht, sich darum zu kümmern.“ Er wäre aber bereit, sich mit an einen Tisch zu setzen, sagt Schindler.

Eine Podiumsdiskussion der frauenpolitischen Sprecherinnen der Landtagsfraktionen am Montag brachte keine Lösungsansätze. „Ich fand es ganz enttäuschend“, sagt die Linke Antje Jansen. Es sei unverantwortlich, die

„Wir brauchen Platz, damit Frauen nicht auf der Straße schlafen müssen“

ANKE KOCK, AUTONOMES FRAUENHAUS

Frauen in so einer Situation alleine zu lassen, sagt sie. Um der Platznot Herr zu werden, will die Landesregierung eine Landesdatenbank aufbauen, mittels derer Frauen auf freie Plätze in ganz Schleswig-Holstein verteilt werden sollen. Laut Justizministerium wird es im Februar so weit sein. Diese Lösung sei nicht unbedingt bequem, aber ein Frauenhausaufenthalt sei es auch nicht, so Katja Rathje-Hoffmann, frauenpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion.

CDU und FDP sehen keinen Anlass, ihren Sparkurs bei den Frauenhäusern zu korrigieren: „Wir halten an unserer Position fest“, sagt Rathje-Hoffmann. Das Sparpaket sei nun mal beschlossen und werde von der jetzigen Landesregierung auch nicht wieder ausgepackt. Die Zukunft des AWO-Frauenhauses hängt nun von den Landtagswahlen im Mai ab. Eine neue Regierung werde das Thema Frauenhaus oben auf die Agenda setzen, glaubt SPD-Sozialsenator Sven Schindler.

Vertiefte Gespräche über die Elbe

HAFENPOLITIK Hamburg und der Bund werben in Niedersachsen intensiv für die Ausbaggerung des Flusses

Die Kommunikationsoffensive für die Elbvertiefung läuft: Heute kommen die Landräte der nordniedersächsischen Kreise, die an die Unterelbe grenzen, in der Hamburger Wirtschaftsbehörde zu einem Treffen mit Wirtschafts-senator Frank Horch (parteilos) zusammen. In der kommenden Woche reist der Senator dann nach Jork ins Alte Land, um dort mit den Verbänden der Obstbauern und der Wasserwirtschaft zu sprechen. Sein Ziel sei es in beiden Fällen, „die Notwendigkeit der Elbvertiefung zu betonen und Bedenken vor Ort zu entkräften“, sagte Horch am

Dienstag im Gespräch mit der taz. Im Alten Land sind die Ängste vor den möglichen Folgen der geplanten Elbvertiefung groß. In Frage gestellt werden die Deichsicherheit und die sogenannte Salinität. Nach der Ausbaggerung des Flusslaufs wird sich die Salzwassergrenze elbaufwärts verschieben: Hamburg geht von höchstens 1.900 Metern aus, ein Gutachten der Universität Delft spricht hingegen von 13 Kilometern. Deshalb befürchten die Landwirte im größten Obstanbaugebiet Deutschlands eine Versalzung ihrer Äcker.

Zurzeit liegt der Entwurf der Planfeststellungsunterlagen den Elbanrainern Schleswig-Holstein und Niedersachsen zur Stellungnahme vor. Während die schwarz-gelbe Regierung in Kiel bereits Zustimmung signalisierte, prüft die schwarz-gelbe Regierung in Hannover noch das 2.400 Seiten starke Werk. Es gebe „ständige und konstruktive Gespräche auf Minister- und Staatsräteebene“ zwischen Hamburg, Niedersachsen und dem Bund, sagte Horch. Er gehe davon aus, dass Niedersachsen bis Ende März seine Zustimmung zur Elbvertiefung erteilen werde.

So sieht das auch Hans-Joachim Otto, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium und Maritimer Koordinator der Bundesregierung. „An der Elbvertiefung wird nicht gerüttelt“, stellte er gestern Mittag bei einer gemeinsamen Hafenrundfahrt mit Horch klar. Der Bund „kämpft hier ohne Wenn und Aber an der Seite Hamburgs“, versicherte der Freidemokrat. Große Containerschiffe 100 Kilometer weit ins Binnenland bis nach Hamburg fahren zu lassen, sei „die ökologischste Form des Warentransports“. Das muss-

ten auch die Umweltverbände einsehen, die Klagen gegen die Ausbaggerung angekündigt haben. Horch und Otto hoffen, noch vor dem Sommer „mit der Fahrrinnenanpassung beginnen zu können“. Keine Konkurrenz für Hamburg und Bremerhaven sehen beide im Jade-Weser-Port in Wilhelmshaven, der am 5. August in Betrieb gehen soll. Ziel sei „eine gute Arbeitsteilung“ zwischen den dann drei großen deutschen Nordseehäfen, so Otto. Von einem „wichtigen Ergänzungshafen“ spricht Horch. Deshalb seien auch die deutlich niedrigeren Liegegebühren im Tiefwasserhafen am Jadebusen kein Problem für Hamburg: „Einen Preiskampf auf dem Kai“, sagt er, „machen wir nicht mit.“ SVEN-MICHAEL VEIT